

Vor Eintritt in die Diskussion über den Tagesordnungspunkt verließ Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion ihren Sitzplatz. Der Ausschussvorsitzende versicherte sich bei ihr, ob sie die Beratung verlassen werde. Dieses bejahte sie. Der Ausschussvorsitzende bat sodann den auch anwesenden Vertreter der CDU-Fraktion Herrn Stefan Krämer auf, am Fraktionstisch Platz zu nehmen

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! merkte an, dass Frau Feld-Wielpütz nicht mehr an der weiteren Sitzung teilnehmen dürfe. Man sei entweder anwesend oder nicht anwesend. Es gehe nicht, partiell anwesend zu sein.

Der Ausschussvorsitzende erinnerte daran, dass es in diesem Ausschuss bislang so gehandhabt worden sei, dass bei Aufruf eines Tagesordnungspunktes die Mitglieder beratungs- und stimmberechtigt seien, die anwesend sind. Werde der nächste Tagesordnungspunkt aufgerufen und habe sich etwas verändert, seien diejenigen stimm- und beratungsberechtigt, die bei dem aufgerufenen Tagesordnungspunkt im Sitzungssaal seien. Das sei Konsens des Ausschusses gewesen.

Mittlerweile war Frau Feld-Wielpütz wieder in den Sitzungssaal gekommen und mit der Beratung des Tagesordnungspunktes wurde begonnen.

Herr Köhler meinte sich zu erinnern, dass in den Beratungen zum Flächennutzungsplan und zum Verkehrsentwicklungsplan für diesen Bereich oder seine Umgebung vorsorglich ein S-Bahn Haltepunkt vorgesehen wurde. Würde das Gebiet so abmarkiert werden, wie in der Vorlage vorgesehen, könnte die Chance vertan werden, für die Zukunft einen Haltepunkt der Deutschen Bahn festzulegen.

Zu der in der Vorlage genannten Altlastenproblematik wollte Herr Nettessheim von der SPD-Fraktion wissen, wer die Kosten für Probebohrungen und die weiteren Maßnahmen aufgrund dieser Altlasten übernehme. Herr Gleß teilte mit, dass die Kosten für Probebohrungen sowie auch alle anderen Untersuchungskosten in diesem Zusammenhang die Stadt zahlen müsse.

Herr Müller für die CDU-Fraktion erinnerte daran, dass vor einigen Jahren die dort abgelagerten giftigen Abfälle für Schlagzeilen in der Presse gesorgt haben. Er hege die Hoffnung, dass die Abfälle ausgegast sind und keine Gefahr mehr darstellen.

Herr Metz von Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßte, dass ein klassischer Gewerbebetrieb in einem klassischen Gewerbegebiet angesiedelt wird. Im Hinblick darauf, dass im neuen Nahverkehrsplan des Rhein-Sieg-Kreises ausdrücklich auf einen S-Bahn-Halt in Buisdorf Bezug genommen wird, soll die Verwaltung zusammen mit der Kreisverwaltung in Siegburg genauer untersuchen, wo mögliche Standorte unter Berücksichtigung von Nachteilen und Vorteilen ausgewiesen werden können. Das könne frühzeitig aufzeigen, ob es Konsequenzen für diesen Bebauungsplan gebe.

Auch Herr Züll von der FDP-Fraktion zeigte sich erfreut über den Bebauungsplan. Hinsichtlich der Altlasten könne er sich vorstellen, dass im Laufe der Zeit eine Ausgasung erfolgt sei.

Herr Gleß von der Verwaltung stellte fest, dass der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickelt werde und wenn dort der S-Bahn-Haltepunkt genannt ist, müsse dieser auch im Bebauungsplan aufgenommen werden. Möglicherweise käme durch die Aufstellung des Bebauungsplanes ein neuer Drive für den S-Bahn-Haltepunkt hinein.

Auch Herr Köhler begrüßte die Aufstellung des Bebauungsplanes. Dieser hätte auch Auswirkungen auf den Ortsteil Sankt Augustin-Ort.

Danach ließ der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.